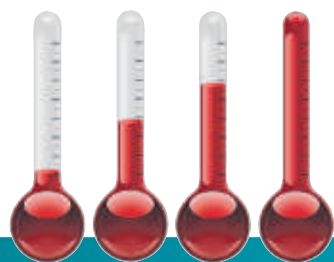


Die Vergessenen der Wüste

Afrikanische Flüchtlinge werden in Israel in Wüstenlagern kaserniert. Seite 3



Ein Fonds namens PAF

LINKE kritisiert Hilfen der Regierung für unsinnige Klimaschutzprojekte. Seite 9

Grafik: 123rf/Felix Pergande; Foto: www.las.bandidas.com

Thalheims »AltTag«

In ihrem neuen Liedprogramm befasst sich Barbara Thalheim mit dem Altern von Menschen und Meinungen. Seite 15



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 18. November 2014

69. Jahrgang/Nr. 268 Bundesausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Putin hat recht

Hermannus Pfeiffer über das Problem mit den Finanzsanktionen

Wladimir Putin vertritt die Interessen seines Landes. Oder was er dafür hält. Das ist dem russischen Präsidenten eigentlich nicht zu verübeln. Gerade darum sollten seine im ARD-Interview geäußerten Argumente in Kiew, Washington und Berlin gehört werden: Putin wirft den dortigen Regierungen und Politikern Betriebsblindheit vor. Weil sie sich mit ihren Finanzsanktionen »ins eigene Fleisch schneiden«, wie es ein deutscher Bankanalyst auf den Punkt bringt.

Finanzmärkte spielen nämlich nach eigenen Regeln. Vor allem sind sie aufs engste miteinander verflochten. So haben russische Banken der ukrainischen Wirtschaft bisher Kredite in Höhe von 25 Milliarden Dollar gegeben. Bei einem Zusammenbruch der russischen Banken würde auch die Ukraine »zusammenbrechen«, warnt Putin. Doch dieses Land wollen Bundeskanzlerin Angela Merkel und US-Präsident Barack Obama erklärtermaßen vor Ungemach bewahren.

Auch deutsche Institute zahlen in der Ukraine-Krise Lehrgeld. Sie haben rund 18 Milliarden Dollar nach Russland gepumpt. Zurzeit ein schlechtes Geschäft, das die Bilanzen belastet. Damit nicht genug, summieren sich nach Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich die Russland-Kredite von EU-Banken auf das Zehnfache davon. Umgekehrt haben russische Finanzinstitute, Versicherungen und Gaskonzerne einen dreistelligen Milliardenbetrag im Westen angelegt. Nur ein solider politischer Kompromiss könnte verhindern, dass die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit für alle teuer wird.

UNTEN LINKS

Die CDU, so viel steht fest, braucht endlich einen richtigen Pop-Beauftragten. Denn erstens, man denke nur an die SPD und Sigmar Gabriel, gilt ein solches Amt als topsichere Voraussetzung, um dereinst einmal Parteichef zu werden – und irgendwann wird Angela Merkel doch einmal aufhören. Und zweitens liegt die Pflege des Liedgutes bei der CDU schon seit Jahren im Argen. Nicht nur, weil jetzt bekannt wurde, wie sich die Kanzlerin höchstselbst bei »Herrn Campino« von den Toten Hosen dafür entschuldigte, in der Trunkenheit des Wahlabends 2013 deren Titel »An Tagen wie diesen« parteipolitisch vereinnahmt zu haben. Auch, weil die Malaise viel älter ist. Vier Jahre zuvor hatte die CDU die Rolling Stones verärgert, weil sie mit »Angie« den Wahlkampf bestritt. Da sollte sich jetzt wirklich jemand sehr bald um Töne und Rechte kümmern, damit die Kanzlerin nicht noch einmal so ungenek Abbitte leisten muss. So weit ist 2017 ja wirklich nicht mehr entfernt. oer

Rubel rollt bergab

Streit um Sanktionen gegen Russland / Rhetorik im Ukraine-Konflikt wird schärfer



Fast 60 Rubel erhält man derzeit für einen Euro. Zu Jahresbeginn lag der Kurs noch bei 45 Rubel je Euro.

Foto: Reuters/Alexander Demianchuk

Berlin. Nach dem G20-Gipfel am Wochenende stellt sich die Ukraine-Krise zugespitzt als Auseinandersetzung der westlichen Welt mit Wladimir Putin dar. Mit ungewohnt scharfen Worten kritisierte Bundeskanzlerin Angela Merkel das Vorgehen des russischen Staatschefs in einer Rede in Sydney: »Das stellt nach den Schrecken zweier Weltkriege und dem Ende des Kalten Krieges die europäische Friedensordnung insgesamt infrage.« Russland verletze die territoriale Integrität und die staatliche Souveränität der Ukraine.

Zuvor hatte Putin in einem Fernsehinterview mit der ARD die Eingliederung der Krim

in russisches Staatsgebiet verteidigt. »Wenn wir Vorwürfe hören, Russland hätte gegen das Völkerrecht verstoßen, dann empfinde ich nur eins – Verwunderung.«

Putin warnte vor einseitigen Schuldzuweisungen und vor den Auswirkungen der Sanktionen gegen Russland. »Früher oder später hat das nicht nur für uns Auswirkungen, sondern auch für sie.« Die Folgen der Strafmaßnahmen sind in Russland jedoch schon spürbar. Binnen weniger Monate fiel der Kurs des Rubels um 30 Prozent, die Preise für Lebensmittel sind angestiegen; dies auch, weil Russland Importverbote verhängte.

Merkels Worte und das Verhalten gegenüber Putin beim G20-Gipfel stießen nicht nur auf Lob. Der Vorsitzende des Deutsch-Russischen Forums, Matthias Platzeck, mahnte, stärker auf einen partnerschaftlichen Kurs mit Moskau zu setzen. »Wir haben Russland nicht ernst genommen in seiner Einkreisungsangst.«

Unterdessen erhöhten die EU-Außenminister die Bitte der ukrainischen Regierung nach einer Verschärfung der Sanktionen gegen Russland nicht. Sie gaben bei ihrer Tagung in Brüssel lediglich Kontensperrungen und Einreiseverbote gegen einzelne Separatisten in Auftrag. nd Tagesthema Seite 2

Kinderrechte ins Grundgesetz

Heranwachsende fordern in Berlin mehr Mitbestimmung und Respekt – für alle Kinder der Welt

In Deutschland gibt es nicht einmal eine offizielle Stelle, die die Einhaltung von Kinderrechten überwacht. Kinder und Jugendliche haben zudem längst weitergehende Forderungen.

Von Ulrike Henning

Kinder haben Rechte – und sie fordern sie nachdrücklich ein. Das zeigt das Kinderrechtmanifest, das am Montag an Vertreter des Familienministeriums übergeben wurde. Zuvor hatten etwa 100 Kinder und Jugendliche drei Tage lang auf Einladung des Deutschen Kinderhilfswerks, von Terre des hommes und der Naturfreund Jugend über das Manifest beraten, das sich in vielen Teilen auf die vor 25 Jahren verabschiedete UN-Kinderrechtskonvention bezieht. Die 10- bis 16-Jährigen fordern unter anderem mehr freie Zeit – etwa durch die Abschaffung von Hausaufgaben –, aber sie sorgen sich auch um die Weltpolitik.

Bei der Überreichung der Unterschriften konnte Caren Marx (SPD), Staatssekretärin im Familienministerium, darauf verweisen, dass 2015 eine unabhängige Stelle zur Kontrolle der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland eingerichtet wird. Nichtregierungsorganisationen fordern das allerdings bereits seit Jahren. Vor das Manifest hatten die Heranwachsenden ausdrücklich den Verweis auf die UN-Rechte gesetzt und eine bessere Information darüber verlangt. Kinderrechte gehören für sie endlich ins Grundgesetz.

Unter dem Aspekt »Mehr freie Zeit« wünschten sich die Schüler ein spezialisiertes Schulsystem und freie Fächerwahl. Schulen und Vereine sollten finanziell besser ausgestattet werden, Fahrten zu Freizeitaktivitäten kostenlos werden, damit alle teilnehmen können. Mitbestimmen wollen sie überall dort, wo es um ihre Belange geht. Zur Bekämpfung in-

nerfamiliärer Gewalt sollten Jugendämter mehr Personal bekommen, für Eltern müsse es freiwillige Seminare zu gewaltfreier Erziehung geben.

Sie fordern, dass Deutschland mehr Flüchtlinge aufnimmt und ihnen angemessenen Wohnraum zur Verfügung stellt.

Auch die Situation in Heimen spielte eine große Rolle: Zum Schutz der Privatsphäre solle es verboten sein, Zimmer unangekündigt zu besichtigen oder Schränke zu durchsuchen. Allgemein sollte kein Bildmaterial mit Aufnahmen von Kindern ohne deren Zustimmung veröffentlicht werden. Grundsätzlich solle Über-

wachung erschwert werden. Dabei ging es den Kindern nicht nur um eigene Rechte: Von der Entwicklungspolitik erwarten sie mehr Projekte für die Opfer von Kinderarbeit sowie Ausbildungsangebote für Betroffene. In der Textilindustrie sollten auf allen Produktionsebenen die Arbeitsbedingungen gesetzlich offengelegt werden. Die Regierung müsse zudem Bildungsangebote zu Fairtrade und Kinderarbeit fördern.

Besondere Sorgen machen sich die Delegierten um die Situation ihrer Altersgefährten, die auf der Flucht vor Verfolgung und Krieg in die Bundesrepublik kommen. Sie fordern, dass Deutschland mehr Flüchtlinge aufnimmt und ihnen angemessenen Wohnraum zur Verfügung stellt. Statt des bisher häufigen, unsicheren Duldungsstatus' müsse es eine kindgerechte Aufenthaltserlaubnis geben. Auch mehr Betreuungs- und Bildungsangebote seien dringend notwendig. Kommentar Seite 4

Ver.di gibt Textildiscounter einen Kick

Gewerkschaft streikt gegen Lohndumping bei Kik

Düsseldorf. Mit einem Streik hat die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di das zentrale Warenlager des Textildiscounters Kik am Montag vorübergehend lahmgelegt. Am Vormittag habe keine Ware das Zentrallager im nordrhein-westfälischen Bönen verlassen, die Filialen müssten sich bundesweit deshalb auf »erhebliche Engpässe« einstellen, sagte ver.di-Streikleiterin Christiane Vogt. Die Gewerkschaft hatte die rund 500 Lagerarbeiter aufgerufen, ihre Arbeit niederzulegen. Bis etwa 11 Uhr hätten sich über 100 Mitarbeiter der Frühschicht am Ausstand beteiligt, sagte Vogt. Sie rechnete mit weiteren 100 Streikenden nach Beginn der Mittelschicht. Auch Mitarbeiter von Leiharbeitsfirmen zeigten sich solidarisch und seien nicht zur Arbeit erschienen.

Mit dem Arbeitskampf will die Gewerkschaft die Anerkennung aller Tarifverträge des NRW-Einzelhandels für die Kik-Logistik-Beschäftigten durchsetzen. Das derzeitige Geschäftsmodell bei dem Textildiscounter, der zum Tengelmann-Konzern gehört und wegen seiner Produktionsbedingungen immer wieder in der Kritik steht, sei auf »Lohndumping und niedrige Sozialstandards« ausgerichtet, kritisierte die Gewerkschaft. Ein Lagerarbeiter in Nordrhein-Westfalen bekomme nach dem Einzelhandeltarifvertrag 2106 Euro brutto im Monat. Kik zahle seinen Lagerarbeitern dagegen nur 1650 Euro brutto.

Das Unternehmen wies die Kritik zurück: Kik orientiere sich bei der Entlohnung »an der im Logistikbereich branchenüblichen Bezahlung«, erklärte ein Firmensprecher. Zudem zahle Kik »attraktive Zusatzleistungen« wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie Leistungsprämien. AFP/nd

Konservativer siegt in Rumänien

Siebenbürger Sachse Iohannis zum neuen Präsidenten gewählt

Bukarest. Nach dem überraschenden Sieg von Klaus Iohannis bei der Präsidentenwahl in Rumänien ist eine politische Wende in Sicht. Der bürgerliche Politiker kam bei der Wahl auf 54,66 Prozent der Stimmen, wie das zentrale Wahlbüro am Montag nach Auszählung fast aller Stimmzettel mitteilte. Meinungsforscher hatten vorher seinen sozialistischen Gegenkandidaten, Ministerpräsident Victor Ponta, als klaren Sieger gesehen. In Pontas Sozialdemokratischer Partei wurden Forderungen nach dessen Rücktritt als Regierungschef laut.

»Ich werde der Präsident aller Rumänen sein«, sagte Iohannis, derzeit Bürgermeister in der siebenbürgischen Stadt Sibiu (Hermannstadt), am Montag. »Ich werde ein freier Präsident sein.« Der Siebenbürger Sachse ist derzeit Vorsitzender der Nationalliberalen Partei. Nach seinem Amtsantritt muss er aus der Partei austreten.

»Jetzt gehen wir an die Arbeit«, betonte Iohannis und verlangte, dass Ponta schnellstmöglich dem Parlament den Haushaltsentwurf für 2015 vorlegt. Iohannis befürchtet, dass die vielen Wahlkampfgeschenke Pontas den nächsten Etat belasten. Iohannis tritt Ende des Jahres offiziell sein Amt als Staatspräsident an. Ponta, dem Förderung der Korruption vorgeworfen wird, regiert seit 2012 in einer Koalition.

Zu dem überraschenden Wahlsieg von Iohannis dürfte die hohe Mobilisierung der Wähler beigetragen haben. In der ersten Wahlrunde vom 2. November lag Iohannis noch um zehn Prozent hinter Ponta. Weil keiner der beiden dabei die absolute Mehrheit erreichte, wurde die Stichwahl notwendig. In der Stichwahl lag die Wahlbeteiligung mit 62,04 Prozent um zehn Prozentpunkte höher als im ersten Wahlgang. dpa/nd Seiten 4 und 7

